3

**Bericht des Landrats zur Kreistagssitzung
am Dienstag, den 09. Dezember 2024**

Vorbemerkung

Sämtliche Projektstatusberichte und –ausblicke dieses Berichtes stehen aktuell unter dem grundsätzlichen Finanzierungsvorbehalt nach § 99 HGO. Über alle weiteren Schritte verweist der Bericht auf die Haushaltsrede des Landrates und die weiteren Beratungen zum Haushalt 2025 ff.

Stab Landrat

BE: Beauftragte für Menschen mit Behinderung

3. Tätigkeitsbericht der Beauftragten für Menschen mit Behinderung im Rheingau-Taunus-Kreis.

Teilnahme an den Veranstaltungen Netzwerk Wohnen im Kreisgebiet.

Gespräch mit den Sachbearbeitern der unteren Denkmalschutzbehörde.

Kennlerngespräch mit Frau Scherer-Lupp.

Ortstermin in Kiedrich mit dem Architekten Kühnel wegen Barrierefreiheit des Hotelbaus.

Arbeitstreffen der kommunalen Beauftragten im Kreis zusammen mit Herrn Landrat Zehner am 30. Oktober 2023 sowie am 27. Februar 2024 in Oestrich Winkel 23. September 2024 in Aarbergen.

Teilnahme an der Teilhabekommission.

Eröffnung des Bad Schwalbacher Büros der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB).

Ortstermin „Barrierefreies Kreishaus“:

Teilnahmen an den Kooperationskonferenzen.

Workshop gegen Alterseinsamkeit im Kreishaus.

Digitales Treffen der kommunale Beauftragten in Hessen.

Ortstermin Kindergarten Lorch wegen Möglichkeiten ein Kind mit Behinderung in Lorch direkt in den Kindergarten aufzunehmen.

Sozialausschusssitzung Stadt Oestrich-Winkel wegen örtlicher Satzung für Beauftragte Menschen mit Behinderung.

Jugend-und Sozialausschusssitzung im Kreishaus.

Besuch der Messe SightCity in Frankfurt. Messe für Menschen mit Sehbehinderungen.

Teilnahme und Redebeitrag an der Kundgebung gegen Rechtsextremismus in Aarbergen und Redebeitrag am 04. Mai 2024.

Ortstermin St. Vincenzstift in Aulhausen wegen Förderung Umbau Schwimmbad.

Teilnahme am Workshop „Wirtschaftsförderungsstrategie“

Termine mit Herrn Landrat Zehner in Rüdesheim Talstation Seilbahn und dem Ferienspaß in Taunusstein.

B 42 Unterführung in Oestrich-Winkel. Hier barrierefreier Umbau in Zusammenarbeit mit dem Denkmalschutz.

Teilnahme am –Sommerfest der Lebenshilfe in Aarbergen.

Einer Bürgerin in Eltville geholfen einen „personalisierten Behindertenparkplatz“ als Anwohnerin zu bekommen.

Gespräche mit dem RMV geführt. Allerdings immer nur auf Anfragen von Bürgern. Wir sind nicht eingebunden, wenn es um die Barrierefreiheit geht.

Besuch des Inklusionsfestes in Idstein und des Seniorenbeirates in Taunusstein.

Ortstermin Bahnhof Eltville wegen barrierefreien Umbauplanungen.

Treffen der Selbsthilfegruppen psychisch erkrankter in Taunusstein.

Teilnahme an der Planung für eine digitale Website

Stellungnahmen zu barrierefreien Umbaumaßnahmen von Bushaltestellen im Kreis.

Besprechung vor Ort für einen barrierefreien Zugang der Kirchengemeinde in Rauenthal. Mit finanzieller Unterstützung der Volksbank ist ein Lifta eingebaut worden, der auch rege genutzt wird.

Weiterhin haben wir unzählige Informationsgespräche geführt die dem Zweck dienen örtliche Beauftragte zu bekommen

Naturpark RheinTaunus

Der Naturpark Rhein Taunus hat den Aufbau des Freizeitwegenetzes mit einer offiziellen Vorstellung der ersten Einstiegstafel in das System begonnen. Das System wurde am 04.11.2024 am Jagdschloss Platte der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Wegenetz wird eine markierte Wegelänge von rund 2.400 km haben, die überwiegend auf bereits bestehenden Wanderwegen verlaufen. Es bietet viele Chancen von barrierearmen Angeboten bis zur Anbindung von Gastronomie oder Hofläden oder Bildungselementen von Kultur bis Jagd. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 690 TEUR für die Investitionen zuzüglich der Eigenleistung der Mitarbeiter und Ehrenamtlichen des Naturparks.

Am 14.11.2024 erfolgte die offizielle Vorstellung des erneuerten Kulturlandschaftspfades in Hausen vor der Höhe. Der Weg wurde vom Naturpark konzipiert und mit Hilfe von LEADER-Mitteln sowie Eigenleistungen realisiert. Investiv wurden rund 25 TEUR verausgabt und rund 11 TEUR LEADER-Mittel eingeworben. Der Pfad wurde gemeinsam mit zahlreichen Partnern entwickelt und entspricht dem Konzept für Nachhaltige Bildung des Naturparks. Er ist für Kinder im Grundschulalter konzipiert. Für Schulen werden passende Lehrmittel bereitgestellt.

Des Weiteren wird der Naturpark in den kommenden Monaten zum dritten Mal an der Qualitätsoffensive des Verbands Deutscher Naturparke teilnehmen.

Kwb GmbH Rheingau Taunus

Stand der aktuellen Neubau- und Modernisierungsprojekte November 2024

VE	Standort	Anzahl WE	Bau genehmigung	Bauleistung ausgeschrieben	Bauausführung begonnen	Fertigstellung Hochbau	Fertigstellung Außenanlagen	Bezug
277 + 278	Am Brennen 3+4 5+6 Geisenheim	27				100%	20%	bewohnt
317	Im Altenhof 7 - 13 Idstein	25				95%	20%	02 / 2025
216-217-226	In der Eisenbach 39, 39a, 41 Idstein	24 Stück				95%	0%	bewohnt
013 + 014	Karlsbader Straße 11 + 13 Aarbergen-Michelbach	12 Stück				30%	0%	7 / 2025

Fachbereich II – Bildung, Familie und Gesundheit

FD II.5 – Jugendhilfe

Inklusive Jugendhilfe:

Der Fachdienst II.5 bereitet sich gemeinsam mit dem Fachdienst II.8 unter Beteiligung der Fachdienstleitung auf die Herausforderungen vor, die im Rahmen der inklusiven Jugendhilfe zu bewältigen sind. Hierzu finden regelmäßige interne Termine statt, auch entsprechende Fortbildungen werden gemeinsam besucht.

Erzieherische Jugendhilfe:

Die Problematik fehlender stationärer Jugendhilfeplätze setzt sich unverändert fort und führt regelmäßig zu erheblichen Aufwänden, für Kinder und Jugendliche in Krisensituationen geeignete Unterbringungsmöglichkeiten zu finden (100 Anfragen bei Trägern – bundesweit – ist mittlerweile die Regel).

Verschärft wird dies durch die schlechte kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung im ambulanten und stationären Bereich.

Im Rahmen der AG 78 (Arbeitsgruppe aller Jugendhilfeträger im Kreis) wird die Zusammenarbeit weiter gefördert. Es ist das Ziel der Beteiligten, durch diese Kooperation weitere Möglichkeiten zum Umgang mit den fehlenden Unterbringungsmöglichkeiten zu finden.

Fachberatung Kindertagesstätten:

Die Situation in Bezug auf die Versorgung mit Kita – Plätzen ist unverändert erheblich angespannt. Fehlende Fachkräfte, schließende Gruppen und die ansteigende Zahl von Kindern mit herausforderndem Verhalten bestimmen nach wie vor die allgemeine Situation.

Jugendbildungswerk:

Das Programm des Jugendbildungswerks ist nahezu fertiggestellt. Wie bereits im letzten Jahr hat es zur Erstellung einen Beteiligungsprozess von jungen Menschen gegeben.

umA:

Die Zahl der betreuten unbegleiteten Minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer stagniert derzeit, insbesondere auch hier wegen fehlender Unterbringungsmöglichkeiten.

FD II.9 – Schulen, Sport, Ehrenamt

Wasserspender an Schulen (KT-Beschluss vom 12.09.2023 / TOP III.15):

Die Ausstattung mit einem Wasserspender an allen Schulen, die dies wünschten, ist abgeschlossen. Die Anfrage nach weiterem Bedarf wurde in Absprache mit dem Kreisschülerrat an den weiterführenden Schulen durchgeführt. Die bauliche/technische Umsetzbarkeit wird im Einzelnen geprüft. Zu einer der nächsten KT-Sitzungen erfolgt eine Vorlage zum Sachstand.

Startchancenprogramm (Antrag 03/24 der FDP-Fraktion):

Das Startchancenprogramm soll dazu beitragen, die Chancengerechtigkeit in der schulischen Bildung so zu verbessern, dass möglichst allen Kindern und Jugendlichen die dem heutigen gesellschaftlichen Leben entsprechenden Bildungsmöglichkeiten eröffnet werden und Bildungserfolg von sozialer Herkunft entkoppelt wird.

Adressiert werden etwa 4.000 allgemeinbildende und berufliche Schulen entlang der Bildungskette mit einem hohen Anteil an sozioökonomisch benachteiligten Schülerinnen und Schülern. Um solide Grundlagen für die weitere Bildungsbiografie zu schaffen, liegt ein besonderer Schwerpunkt des Programms auf den Grundschulen. 60 Prozent der adressierten Schülerinnen und Schüler sollen in Schulen im Primarbereich, 40 Prozent in weiterführenden Schulen gefördert werden. Von der Förderung sollen ausdrücklich auch berufliche Schulen profitieren, hier insbesondere Bildungsgänge der Berufs- und Ausbildungsvorbereitung. Alle Startchancen-Schulen sollen über drei Programmsäulen gezielt unterstützt werden. Den unterschiedlichen Rahmenbedingungen der einzelnen Startchancen-Schulen, bspw. hinsichtlich der Schulgröße, wird durch Flexibilität bei der Ausgestaltung der drei Programmsäulen Rechnung getragen:

Säule I, Investitionsprogramm für eine zeitgemäße und förderliche Lernumgebung: Der Fokus soll auf baulichen Maßnahmen und Ausstattungsinvestitionen liegen, die geeignet sind, die bildungspolitischen Ziele des Programms zu befördern. Dazu gehören im Besonderen Verbesserungen in Form von lernfördernden Räumen, moderner Infrastruktur und Lernflächen (zum Beispiel Kreativlabore,

Multifunktionsräume oder Räumlichkeiten für inklusives Lernen) sowie attraktive Arbeitsplätze und Arbeitsbereiche für das pädagogische Personal.

Säule II, Chancenbudgets für bedarfsgerechte Lösungen zur Schul- und Unterrichtsentwicklung:

Das Chancenbudget leistet einen Beitrag zur Schul- und Unterrichtsentwicklung. Es soll die pädagogischen und fachlichen Voraussetzungen sowie die entsprechenden Unterstützungsstrukturen der Programmschulen verbessern, um Bildungserfolge zu erhöhen. Zwei Drittel des Chancenbudgets einer Startchancen-Schule sollen für die Umsetzung der im Leitfaden empfohlenen Maßnahmen genutzt werden. Ein Drittel steht den Schulen zur freien Verfügung.

Säule III, Personal zur Stärkung multiprofessioneller Teams: Mit zusätzlichen Stellen sollen die Startchancen-Schulen personell unterstützt und multiprofessionelle Teams weiterentwickelt werden. Vor allem geht es in dieser Programmsäule um die Beratung und Unterstützung der Lernenden, eine lernförderliche Elternarbeit in Kooperation mit der Schule, die Mitwirkung bei der Entwicklung einer positiven Schulkultur sowie darum, Betroffene bei der Inanspruchnahme staatlicher Leistungen zu stärken.

Neben Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sollen dabei auch pädagogische Fachkräfte anderer Disziplinen ihre Stärken und Expertise einbringen können. Die konkrete Ausgestaltung erfolgt bedarfsorientiert und schulbezogen.

Im Rheingau-Taunus-Kreis wurden folgende Schulen vom Hessischen Ministerium für Bildung, Kultus und Chancen benannt:

Zum Schuljahresbeginn 2024/2025: Wiedbachschule Bad Schwalbach

Zum Schuljahresbeginn 2025/2026 oder 2026/2027 (Start erfolgt in Absprache mit den Schulen): Berufliche Schulen Untertaunus, Hildegardisschule Rüdesheim, Julius-Alberti-Schule Rüdesheim, Leopold-Bausinger-Schule Geisenheim, Wisperschule Lorch.

Der örtliche Schulträger wurde zeitgleich mit den ausgewählten Schulen informiert. Der Landkreis bewertet die Auswahl in Teilen als sehr nachvollziehbar und sinnvoll, in anderen Bereichen jedoch nicht, weil zB Schulstandorte ausgewählt wurden, die vom Landkreis durch große Investitionen jüngst sehr gestärkt wurden. Hier kann das Potential der Säule 1 kaum genutzt werden. Der Landkreis hätte daher vor der Kommunikation der ausgewählten Standorte eine Konsultation für sinnvoll erachtet, um solche Themen im allseitigen Interesse zwischen Schulträger und Ministerium vorab zu erörtern.

Die Wiedbachschule hat zum Schuljahresbeginn bereits Mittel aus der Säule II und III erhalten. Die Mittel aus der Säule I werden dem Schulträger zur bedarfsorientierten Verteilung für die ausgewählten Schulen zur Verfügung gestellt. Die Ausgestaltung hierfür ist noch nicht abgeschlossen.

Es werden in den folgenden Monaten Gespräche mit allen beteiligten Schulen, dem Staatlichen Schulamt sowie den beteiligten Fachdiensten der Kreisverwaltung erfolgen, um die inhaltlichen Schwerpunkte sowie die jeweilige individuelle Umsetzung festzulegen.

Eine Abfrage der Schulträger über die Verteiloption nach beteiligten Schulen oder nach Schülerzahlen wurde vom HLT Anfang Oktober initiiert. Hierüber liegt derzeit noch keine abschließende Entscheidung vor.

Sobald eine Entscheidung vorliegt, wird eine ausführliche Vorlage an den Kreistag erfolgen.

Jährlicher Bericht zu den Schülerzahlen und Übergängen (KT-Beschluss vom 04.12.2023 und 18.04.2024 - Antrag Nr. 54/23 der CDU-Fraktion):

Vorlage erfolgt in der ersten KT-Sitzung 2025 da zum Abgabetermin der laufenden Sitzungsperiode u.a. aufgrund des späten Termins der Herbstferien noch nicht alle Rückmeldungen der Schulen vorlagen.

II.GK Stabsstelle Gesundheitskoordination

Treffen Runder Tisch - Hospiz- und Palliativversorgung im Rheingau-Taunus-Kreis"

Am 18. November 2024 traf sich der "Runde Tisch - Hospiz- und Palliativversorgung im Rheingau-Taunus-Kreis" in der Tannenwaldresidenz in Bad Schwalbach. Neben Schilderungen aktueller Tätigkeiten stimmten sich die Teilnehmer dieses Runden Tisches darüber ab, bei welchen Projekten im Jahr 2025 gemeinsam geplante und gegenseitig unterstützende Maßnahmen sinnvoll sind. Die Optimierung der Vernetzung von Hospizdiensten im Rheingau-Taunus-Kreis und die evtl. künftige Einbeziehung erweiterter Kreise (z.B. Vertreter von Palliativ-Teams / Gemeindepfleger / Seelsorger) werden 2025 sukzessive in die Praxis umgesetzt.

KGC-Treffen Frankfurt

Bei dem KGC-Treffen am 21. November 2024 stand die Kommunale Gesundheitsförderung in Theorie und Praxis im Vordergrund. Es ging schwerpunktmäßig um das Thema "Aufbau integrierter kommunaler Gesundheitsstrategien". Im vierten Modul der Qualifizierungsreihe konnten praktische Kenntnisse und Kompetenzen eingebracht und gemeinsam erste Überlegungen für eine Strategie zu erarbeitet werden. Arbeitsschwerpunkte/Projekte hessischer Gesundheitskoordinatoren konnten ausgetauscht werden.

Tagung Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Die Gesundheitskoordinatorin und der Gesundheitsberichterstatter nehmen vom 25. - 26. November 2024 an der zweitägigen Veranstaltung „ZUGANG ZUR GESUNDHEITSVERSORGUNG – NAH – NIEDRIGSCHWELIG – INTERDISZIPLINÄR - Versorgungsmodelle der Zukunft“ teil. Veranstalter ist der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Ziel der Veranstaltung ist es, durch Praxisbeispiele Anregungen und Impulse zur Implementierung von Beratungs- und Versorgungsstrukturen im kommunalen Bereich zu geben.

Lenkungsgruppe Masterplan Gesundheit

Am 27. November 2024 findet die zweite Sitzung der Lenkungsgruppe Masterplan Gesundheit des Jahres 2024 statt. Aktuelle Themen und Projekte werden beraten und Vorhaben für das Jahr 2025 abgestimmt.

Regionale Gesundheitskonferenz

Am 29. November 2024 steht bei der Regionalen Gesundheitskonferenz in Wiesbaden der Fachkräftemangel im Fokus. Insbesondere geht es um die pharmazeutische Versorgung sowie die medizinische Versorgung von Menschen in besonderen Notlagen. Drei Themen werden durch Vorträge näher beleuchtet: Susanne Schober von der Hessischen Krankenhausgesellschaft (HKG) gibt ein Update zur Krankenhausreform. Ursula Funke von der Landesapothekerkammer Hessen (LAK) spricht über Fachkräftemangel in Apotheken. Matthias Röhrig (Teestube / Regionale Diakonie Wiesbaden) stellt die „Humanitäre Sprechstunde“ vor.

II.GF Stabsstelle Gleichstellung, Familie, Prävention

Das Gewaltschutznetzwerk und darüber hinaus auch der Kreispräventionsrat haben sich für 2025 auf das Thema „Gewalt hat viele Gesichter“ geeinigt. Zum *Tag gegen Gewalt an Frauen* am 25. November zeigt in diesem Jahr der SV Wehen-Wiesbaden mit seinen zwei Trainern und drei Spielern „Gesicht“. Die Aktion wird wie in den beiden Vorjahren kreisweit an Schulen, Rathäuser und diesmal auch Sportstätten verteilt.

Nachdem das Frauenhaus im Rheingau-Taunus-Kreis (Träger Caritas) wegen schwerer baulicher Mängel im Sommer 2024 schließen musste, sehen die neuen Pläne folgendermaßen aus: Neubau im Jahr 2025 an derselben Stelle. Betriebsbeginn im Jahr 2026, dann mit acht Familienplätzen.

Präventionsketten

Im Dezember wird der Fachtag Präventionsketten Rheingau-Taunus-Kreis und Frühe Hilfen zum Thema „Zwischen Resignation und Aktivismus“ – Kinderrechtsbasierte Erziehungs- und Bildungspartnerschaft stattfinden. Der Fachtag der Präventionsketten Hessen wird ebenfalls im Dezember stattfinden. Zum Tag der Kinderrechte am 20. November wurde mit den Kindern der Kita St. Nikolaus in Lorch das Thema Kinderrechte vertieft.

Im Sozialraumprojekt Lorch fand das *get together- der Runde Tisch für Lorch!* als Vernetzungsplattform mit allen AG-Verantwortlichen und vielen Vereinen erfolgreich statt. Weitere Treffen wird es geben.

HebKo

Das Modellprojekt „Winterferien“ ist komplett vorbereitet. Hierfür wurde der RTK in fünf Regionen eingeteilt und für jede Region Notdienstpläne vom 24.12.24 bis zum 5.01.25 erstellt. Dadurch soll die Versorgung von (werdenden) Müttern und ihren Babys auch über die Feiertage und an Praxis-Schließtagen gewährleistet werden. Das neue Angebot „Eltern-Baby-Beratung mit Schreibambulanz“ für alle Eltern im RTK wird sehr gut angenommen und wird an verschiedenen Standorten im RTK angeboten. Die telefonischen HebKo-Sprechzeiten werden sehr gut genutzt und es fanden auch darüber hinaus Einzelberatungen und kollegiale Beratungen statt. Aktuell wird u.a. am Projekt „Willkommenspaket“

und dem Erstellen von Erste-Hilfe-Filmen gearbeitet. Die Planungen für 2025 sollen in Form eines Fortbildungskalenders laufen.

Frühe Hilfen

Im Dezember findet ein Netzwerktreffen im Rheingau statt, bei dem sich die neue Frühförderstelle, die Pädagogischen Perspektiven, vorstellt. Das Team der Gesundheitsfachkräfte hat sich vergrößert, sodass zukünftig mehr präventive Unterstützung in den Familien geleistet werden kann. Auf Wunsch von unseren Fachkräften in den Familien hat im November ein Selbstverteidigungskurs für Fachkräfte stattgefunden. Wir verzeichnen aktuell eine große Nachfrage von Seiten der Ärzte an Familiensprechstunden in Arztpraxen im Rheingau. Das Angebot soll dort im kommenden Jahr breitflächig umgesetzt werden. Im Dezember findet ein Fachtag zum Thema „Kinderrechtsbasierte Erziehungs- und Bildungspartnerschaft“ mit der hessischen Beauftragten für Kinder- und Jugendrechte statt.

Fachbereich III – Öffentliche Ordnung und Gefahrenabwehr

FD III.1 Ausländerbehörde, Personenstandswesen

Ausländerbehörde:

Die Ausländerbehörde des Rheingau-Taunus-Kreises nimmt am Projekt „Novellierung Gebührentatbestände für Inlandstitel“ des Statistischen Bundesamtes teil. Um bei den künftigen Gebühren der Aufenthaltsverordnung auch den aktuellen tatsächlichen Arbeitsaufwand in der Praxis zu berücksichtigen, hat am 19. November 2024 eine Delegation der Bundesbehörde in der Ausländerbehörde hospitiert.

FD III.3 Brand- und KatS, Rettungsdienste

Bevölkerungsschutz

Am 23. November 2024 konnte die Feuerwehr Aarbergen den neuen „Gerätewagen Logistik Katastrophenschutz“ am hessischen Katastrophenschutzzentrallager in Wetzlar abholen. Das geländegängige Fahrzeug auf Unimog-Basis, Seilwinde, Kran und drei Wechselmodulen ist eine Beschaffung des Landes Hessen, stärkt aber auch die Gefahrenabwehr des Landkreises unterhalb der Katastrophenschwelle.

Für den Bereich Wasserversorgung und Vegetationsbrandbekämpfung konnten am 6. Dezember 2024 zwei weitere Abrollbehälter Tank beim Hersteller Sieglift im Westerwald abgeholt werden. Die beiden Abrollbehälter haben ein Fassungsvermögen von jeweils 10.000 L und werden in Idstein und Bad Schwalbach stationiert. Sie sind baugleich zu dem bereits in 2023 beschafften Abrollbehälter Tank in Rüdesheim und vervollständigen den Baustein Wasserversorgung mittels Abrollbehältern des breit angelegten Projektes Vegetationsbrandbekämpfung.

Neben der klassischen Kreisausbildung für die Einsatzkräfte im Landkreis beschäftigte sich der Fachdienst in den vergangenen Monaten auch mit einer speziellen Fortbildungsreihe für die „eigenen“ Kräfte. Im Rahmen eines hessenweit angelegten Schulungsprojektes werden die Verwaltungs- und Katastrophenschutzstäbe in verschiedenen Einzelmodulen bedarfsgerecht aus- und weitergebildet.

Nachdem im Juni bereits zwei Termine mit den politisch gesamtverantwortlichen Personen auf Ebene des Landkreises und auf Ebene der Städte und Gemeinden stattfanden, ging es im November mit den ersten Terminen für Katastrophenschutz- und Verwaltungsstab weiter.

Insgesamt umfasst das Projekt neun Teilmodule und schließt mit einer gemeinsamen Übung der beiden Stäbe ab. Geplant ist die Abschlussübung für November 2025.

Gefahrenabwehrcampus

Im Bereich der Fahrzeughallen wurde die Wasserversorgung sowie die sanitären Einrichtungen erfolgreich wiederhergestellt. So konnten auch schon erste Kreisausbildungen auf dem Gelände des Gefahrenabwehrcampus stattfinden.

Darüber hinaus wurde das Gelände von störendem Gestrüpp und Bäumen befreit, um weitere Instandhaltungsmaßnahmen an den Gebäuden durchführen zu können.

Am 29. November 2024 wurde der Ankauf des Grundstücks in Richtung Neubaugebiet Heidenrod erfolgreich abgeschlossen. Auch die Änderung des Bebauungsplans wurde angestoßen.

Aktuell wird geprüft, ob das Gelände und Spezialräumlichkeiten des Gefahrenabwehrcampus (Lagezentrum/Stabsräume etc.) für eine Doppelnutzung im Wege einer Kooperation mit dem Bildungszentrum für Gefahrenabwehr und Krisenmanagement der Hochschule Fresenius genutzt werden kann. Hiermit verbundene Synergien könnten sowohl bei der Gewinnung von Drittfinanzierungen sowie bei der inhaltlichen Ausbildung, Weiterbildung und dem Know-How-Transfer aus der Hochschule in die Einsatzbereiche des Fachdienstes 3.3. große gemeinsame Mehrwerte schaffen.

FD III.4 Bauaufsicht, Denkmalschutz

Der Rheingau-Taunus-Kreis stellt als erster Flächenkreis ab November 2024 allen Bürgerinnen und Bürgern das digitale Antragsverfahren für genehmigungsfreigestellte Vorhaben gem. § 64 Hessische Bauordnung (HBO) online zur Verfügung. Dies gilt für alle Bauvorhaben, die keine Sonderbauten sind und uneingeschränkt einem Bebauungsplan, der Hessischen Bauordnung und den örtlichen Bauvorschriften entsprechen. Damit können Verfahren für genehmigungsfreigestellte Vorhaben voll digital und medienbruchfrei durchgeführt werden.

Am 25. November 2024 ist der erste Antrag im Rahmen der Genehmigungsfreistellung in digitaler Form eingegangen und befindet sich in Bearbeitung.

Zur Zeit sind zwei Stellen im Bereich der Verwaltungsverfahren zur Nachbesetzung ausgeschrieben. Die Personalfindung gestaltet sich schwierig.

FD III.5 Ordnungs- und Kommunalaufsichtsbehörde, Wahlen

Die Kreiswahlleitung bereitet sich auf die vorgezogene Bundestagswahl vor und steht in engem Austausch mit der Landeswahlleitung.

FD III.6 Verkehr

Zulassungsbehörde

Die Büroräume der Zulassungsbehörde Rüdesheim wurden entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zur Arbeitssicherheit umgestaltet. Damit einhergehend konnte ein angenehmeres Arbeitsklima geschaffen werden, welchen sowohl bei den Kundinnen und Kunden, aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu positiven Rückmeldungen führt.

Fahrerlaubnisbehörde

Die Wartezeit auf einen Termin für allgemeine Führerscheineangelegenheiten hat sich seit dem letzten Bericht auf ca. eine Woche verkürzt (Anfang September waren es noch deutlich über vier Wochen).

Seit dem 1. Juli 2024 ist es, wie mittlerweile bekannt, möglich den Umtausch des Führerscheins online zu beantragen. Gut 5 Monate nach Einführung des Onlineumtauschanspruches, kann festgehalten werden, dass dieses Angebot immer besser angenommen wird.

Der Pflichtumtauschtermin (19. Januar 2025) rückt immer näher. Daher gehen zurzeit mehr Onlineumtauschträge ein. Im Monat November 2024 sind bisher 212 Onlineumtauschträge gestellt (Stand 25. November 2024) worden, Tendenz steigend. Die Wartezeit auf einen Termin zum Pflichtumtausch beträgt zur Zeit ca. eine Woche.

Fachbereich IV – Infrastruktur, Wirtschaft und Umwelt

IV.KUL

Kultur und Kulturförderung / Kulturfonds FrankfurtRheinMain

Eine ausführliche Mitteilungsvorlage liegt vor. Wegen des großen Erfolgs wird das Projekt Wald? Wald! (kulturfonds-frm.de) auch 2025 fortgesetzt. Weitere Projekte und zahlreiche Förderanträge aus dem Landkreis sind in Vorbereitung.

KulturRegion FRM

Der neue „Lokale Routenführer“ wirft ein Schlaglicht auf die bisher unbekannte, aber sehenswerte Industriekultur im Rheingau-Taunus-Kreis. Über 60 Objekte, darunter Fabrikgebäude, Mühlen, Untermervillen, Bahnhöfe, Museen und Themen-Wege, werden in der knapp 50-seitigen Broschüre vorgestellt. Entwickelt wurde der Routenführer von der KulturRegion in Zusammenarbeit mit mehreren Fachämtern der Kreisverwaltung: Beiträge kamen vom Kulturmanagement, dem Denkmalschutz, der Wirtschaftsförderung und der Regionalentwicklung. Neben den Städten und Gemeinden im Landkreis haben auch die beteiligten Unternehmen und viele ehrenamtlich Engagierte in den Heimat- und Geschichtsvereinen mitgewirkt. Der Lokale Routenführer ist erhältlich bei der Kreisverwaltung und in den Rathäusern des Rheingau-Taunus-Kreises und online auf der Website der KulturRegion - Lokaler Routenführer Rheingau-Taunus-Kreis - KulturRegion FrankfurtRheinMain.

Neues Projekt „Geist der Freiheit“

80 Jahre Kriegsende. Demokratischer Neubeginn 1945 in Hessen und Rhein-Main. Symposium am Donnerstag, 15. Mai 2025, 10-17 Uhr Kulturforum, Friedrichstraße 16, 65185 Wiesbaden. Veranstalter: Stadtarchiv Wiesbaden und KulturRegion FrankfurtRheinMain, in Kooperation mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und der Stadt Hanau. Beteiligungsprojekt: Kommunen und Archive sind aufgerufen, sich zu beteiligen.

Neustart Kulturszene Rheingau-Taunus-Kreis 2024

Das Förderprogramm mit einem Volumen von 60.000 Euro greift überall dort, wo öffentliche Kulturveranstaltungen wegen höherer Technikkosten, gestiegenen Gagen und Honoraren sowie verändertem Publikumsverhalten und erhöhter Risiken für Kulturschaffende, Initiativen und Vereinen ansonsten nicht mehr durchführbar wären oder dort, wo die Hürden für andere Fördermöglichkeiten zu hoch sind. Auch 2024 gingen 40 Förderanträge aus allen Bereichen der Kultur und fast allen Städten und Gemeinden ein. Wegen des hohen Antragsvolumens mussten deutliche Kürzungen vorgenommen werden. Die Vorhaben können dennoch alle realisiert werden und die Freude war groß. Von Theaterprojekten, Konzerten, kultureller Bildung bis zu Chorprojekten war alles dabei. Die Fördermittelübergabe am 14. November in der Kreisverwaltung war sehr gut besucht und wird von den Kulturschaffenden und Vereinen mittlerweile als Netzwerkveranstaltung genutzt. Hier können Gespräche mit der Politik und vor allem mit möglichen Kooperationspartnern geführt werden. Ein landkreisweites Kulturnetzwerk entsteht.

IV.2 Umwelt

Konstituierung des Naturschutzbeirates

Am 22. Oktober 2024 hat sich der neue Naturschutzbeirat für die Sitzungsperiode 2024 bis 2029 konstituiert. Zuvor wurden die ausscheidenden Mitglieder des bisherigen Naturschutzbeirates durch die

Dezernentin Dr. Orth-Krollmann verabschiedet. Das aus insgesamt 22 Personen bestehende Gremium - zusammengesetzt aus Mitgliedern und Stellvertretungen - berät unabhängig und mit spezieller Sachkenntnis die Untere Naturschutzbehörde bei konflikträchtigen Einzelvorhaben und zu grundsätzlichen Fragestellungen des Naturschutzes. Die Mitglieder und Stellvertretungen wurden vom Kreisausschuss für fünf Jahre berufen. Sie kommen aus dem Kreis der anerkannten Naturschutzverbände, der Landwirtschaft, speziell auch dem Weinbau, und dem Forstbereich oder haben besondere Kenntnisse im Bereich des Artenschutzes oder der Landschaftsplanung.

AG Weidetierhaltung und Wolf

Die AG Weidetierhaltung und Wolf hat am 8. Oktober 2024 in der Tannenwaldresidenz getagt. Themen waren der aktuelle Stand der Förderrichtlinie Weidetierschutz. Die konstruktiven Vorschläge der AG Weidetierhaltung und Wolf zur Novellierung der Förderrichtlinie, die mit Schreiben vom 22. Februar 2024 an Herrn Staatsminister Jung herangetragen wurden, sind positiv vom Land Hessen aufgenommen und eingearbeitet worden. Weitere Themen der Sitzung am 8. Oktober 2024 waren Aktuelles zu Wolfsvorkommen, organisatorische Änderungen des Wolfszentrums, die Änderung des hessischen Jagdgesetzes, Gerichtsentscheidungen auf europäischer Ebene und die Seminarangebote zum Herdenschutz. Diese werden für weidetierhaltenden Betriebe und auch Hobbytierhalter durch den Landschaftspflegeverband Rheingau-Taunus e.V. mit Unterstützung durch den Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen (LLH) durchgeführt.

Auspflanzung von Pflanzen des Brillenschötchen

Das mitteleuropäisch verbreitete Rheinische Brillenschötchen (*Biscutella laevigata* ssp. *varia*) kommt in Deutschland nur im Ahr-, Nahe- und oberen Rheintal vor. In Hessen gibt es wenige Felsstandorte im Mittelrheintal bei Lorchhausen. Die Art ist nach BNatSchG besonders geschützt und wird in der Roten Liste Deutschland als sehr selten bzw. in Hessen als gefährdet gelistet. Nachdem im Rahmen eines Artenschutzprojektes des Botanischen Gartens Frankfurt ca. 40 Pflanzen aus Samen einer Lorchhausener Mutterpflanze kultiviert wurden, wurden diese im Oktober an geeigneten Standorten in Lorchhausen in einem gemeinsamen Projekt des Landschaftspflegeverbandes Rheingau-Taunus e.V. (LPV) und der UNB ausgepflanzt. Die weitere Betreuung der Pflanzen erfolgt durch den LPV.

Runder Tische „NSG Fulder- und Ilmenau“

Am 18. November 2024 fand die zweite Sitzung des Runden Tisches „NSG Fulder- und Ilmenau“ auf Einladung der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd (SGD Süd) in Ingelheim statt. Aufgrund des Kreistagsbeschluss vom 1. Oktober 2024 (TOP III.6 DS XI/1193) wurde u.a. die SGD Süd von der Unteren Naturschutzbehörde mit der Bitte um Teilnahme am Runden Tisch angeschrieben. Diesem Wunsch kam die SGD umgehend nach und lud nunmehr die UNB zum zweiten Sitzungstermin ein. An dem Termin nahmen eine Vielzahl von Nutzergruppen, auch von der hessischen Seite, teil. Die SGD Süd versucht derzeit auszuloten, welche Nutzergruppen in Summe von einem ganzjährigen Befahrensverbot betroffen sind und bittet um konstruktive Vorschläge, wie eine schutzgebietsverträgliche Nutzung gestaltet werden könnte. Den Teilnehmenden soll seitens der SGD Süd bis zum 29. November 2024 ein Vorschlag einer möglichen Nutzung im Bereich der Ilmenau unterbreitet werden. Der abschließende dritte Termin des Runden Tisches findet am 13. Dezember 2024. Generelles Ziel der

SGD Süd ist eine für alle Parteien tragbare Lösung in Verbindung mit einem Nutzungskonzept unter Beachtung der fachlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen des internationalen und europäischen Naturschutzrechtes zu finden. Dieses Ergebnis soll dann als Grundlage für die Überarbeitung der NSG-Befahrensverordnung an den Bund weitergegeben werden.

IV.3 Kreisentwicklung, Wirtschaftsförderung und Kreisstraßen

Schulwettbewerb „Lebendige Schulhöfe“ mehr als ein Pausenhof

Der Schulwettbewerb 2024 stand unter dem Thema „Lebendige Schulhöfe – mehr als ein Pausenhof“. Wir wollten wissen, was Schülerinnen und Schüler brauchen, um sich auf ihrem Schulhof wohlfühlen. Teilnehmen konnten Schulklassen, aber auch Kleinteams mit mindestens 2 Schülerinnen oder Schülern. Abgabeschluss für die Einreichung der Beiträge war der 15. November 2024. Die Anzahl und der Qualität der Wettbewerbsbeiträge waren überwältigend. Es sind 47 sehr sehenswerte und qualitativ hochwertige Beiträge eingegangen. Jeder einzelne Beitrag hätte einen Preis verdient. Aufgrund der Vielzahl der Beiträge musste eine Vorauswahl getroffen und 15 Finalisten ermittelt werden. In einer Abschlussveranstaltung am 29. November 2024 werden in der Cafeteria des Kreishauses die Preisträgerinnen und Preisträger ermittelt.

Förderbescheid für die klimafreundliche Gestaltung des Schulhofs der Freiherr-vom-Stein-Schule

Die Freiherr-vom-Stein-Schule in Eltville hat sich im Jahr 2022 am Wettbewerb „10 Klimafreundliche Schulhöfe für Hessen“ beim hessischen Umweltministerium beteiligt und wurde als eine von zehn Schulen in Hessen ausgewählt, ein Konzept und einen Fördermittelantrag einzureichen. Ende 2022 wurden Fördermittel bewilligt und mit dem Umbau des Schulhofes konnte begonnen werden. Nach Fertigstellung des Schulhofes in diesem Jahr wurden Fördermittel in Höhe von 164.595,28 Euro gezahlt.

Zuwendungsbescheid über 1.811.053,80 € zur klimafreundlichen und ökologischen Umgestaltung von Schulhöfen im Kreis

Der Rheingau-Taunus-Kreis hat gemeinsam mit der Stadt Wiesbaden einen Fördermittelantrag beim Bundesministerium für Umweltschutz, Naturschutz nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz im Rahmen des Förderprogramms „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz - in ländlichen Kommunen“ gestellt. Am 27. November 2024 bekamen wir den Zuwendungsbescheid in Höhe von 1.811.053,80 € für die Schulhöfe im Rheingau-Taunus-Kreis. Das entspricht einem Fördervolumen von 90%. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 2.012.282,00 €. Die Laufzeit des Projekts beginnt am 01. Januar 2025 und endet am 31. Dezember 2029. In diesem Zeitraum werden folgende Schulhöfe im Rheingau-Taunus-Kreis klimafreundlicher gestaltet und ökologisch aufgewertet: Die Grundschule auf der Au und die Erich-Kästner-Schule in Idstein, die IGS Wallrabenstein und die Rabenschule in Wallrabenstein, die IGS Obere Aar in Taunusstein, die Emely-Salzig-Schule und die Leonhard-Bausinger-Schule in Geisenheim sowie die John-Sutton-Schule in Kiedrich.

Wirtschaftsdialog

Die Veranstaltungsreihe Wirtschaftsdialog wurde im Jahr 2018 mit Fördermitteln aus der Regionalentwicklung ins Leben gerufen. Vorwiegendes Ziel ist es, Unternehmen und Betriebe zu vernetzen. In der mittlerweile sechsten Veranstaltung der Reihe stand das Thema „Workplace Excellence: Auf dem Weg zum attraktiven Arbeitgeber“ im Vordergrund. Bewerbungen gehen zurück, Stellen bleiben unbesetzt und die Anforderungen an die verbleibenden Mitarbeitenden steigen. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht ein „race for talents“. Der Rheingau-Taunus-Kreis hatte in diesem Jahr am Dienstag, 5. November 2024, von 12:00 bis 14:00 Uhr in das Gutshotel Baron Knyphausen zum Wirtschaftsdialog eingeladen. Die Veranstaltung wurde gut besucht. Es waren rund 80 Unternehmen, Akteure aus Gewerbe und der Wirtschaft und anderen Institutionen vertreten.

Workshop zur kommunalen Wärmeplanung

In Hessen gilt mit dem Hessischen Energiegesetz seit November 2023 die Pflicht zur kommunalen Wärmeplanung für Kommunen ab 20.000 Einwohner.

Das deutsche Wärmeplanungsgesetz vom Januar 2024 fordert alle Kommunen bis 100.000 Einwohner auf, kommunale Wärmepläne bis zum 30. Juni 2028 zu erstellen. Der FD IV.3 lädt nach der ersten Veranstaltung vor einem Jahr die Kommunen zu dem „Workshop Kommunale Wärmeplanung 2.0“ am 9. Dezember 2024 in die Kurfürstliche Burg Eltville ein.

Die Landesenergieagentur LEA wird aktuelle rechtliche Informationen geben, Idstein und Hünstetten berichten von ihren bisherigen Tätigkeiten und die SÜWAG stellt das geplante innovative Nahwärme-konzept für Heidenrod-Kemel vor. Schließlich soll den Teilnehmenden Raum geboten werden, sich untereinander auszutauschen und Erfahrungen zu teilen.

Kreisstraßen

K 642 Ausbau Rad/Gehweg zw. Eltville und Martinthal

Hierzu würden wir kurzfristig noch etwas beisteuern.

K 672 Ausbau zw. Hilgenroth und L 3055

Um einen tragfähigen Untergrund herstellen zu können, musste aufgrund der nassen Witterungsverhältnisse die Tiefenauskoffering erweitert werden. Dadurch verlängerte sich die Bauzeit vom 15.11.2024 auf den 06.12.2024.

K 683 Ausbau zwischen Burg Hohenstein-Unterdorf und B 54

Während der Bauarbeiten hat sich herausgestellt, dass vorhandene Leitungen und Leerrohre nicht tief genug verlegt wurden (< 60 cm unter der Straßenoberkante). Aufgrund dieser Mindertiefe hat die bauausführende Firma Bedenke gegen die Ausführung angemeldet und Gewährleistungsansprüche abgelehnt. Daraufhin wurde der Leitungsträger aufgefordert die Leitungen gemäß den allgemeinen

Regeln der Technik nachträglich tiefer zu verlegen. Durch diesen Umstand verschiebt sich das geplante Bauende vom 29.11.2024 auf den 12.12.2024.

IV.5 Hochbau, Bauunterhaltung, Liegenschaftsmanagement

Investitionsförderungsprogramm Ganzttag

Aufgrund zahlreicher Rückmeldungen der hessischen Schulträger, dass die in der Förderrichtlinie für das Investitionsprogramm Ganztagsausbau hessenintern festgesetzte Frist zur Belegung der Fördermittel (31.12.2024) nur schwer eingehalten werden kann, hat das Hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen darüber informiert, dass derzeit in Planung ist, diese Frist um ein Jahr bis zum 31.12.2025 zu verlängern. Die dafür notwendigen Schritte leitet das Ministerium aktuell ein. Die Änderung der Förderrichtlinie wird zur Zeit vorbereitet.

Fachbereich V – Arbeit und Teilhabe

FD V.1 Soziales und Pflege

Kompetenzzentrum Pflege

Modellprojekt Individuelles Case Management und Ausbau der Vernetzung im Pflegestützpunkt

Der Rheingau-Taunus-Kreis hat vom 1. September 2021 bis zum 31. August 2024 am Modellprojekt des HMFG teilgenommen. Das Projekt wurde mit insgesamt 150.000€ durch das Land Hessen gefördert. Hierfür wurde eine neue Stelle (0,5 VZÄ) geschaffen, die Ansprechpartnerin für das Projekt (intern und extern) und für die inhaltliche Arbeit war, aber auch Teil des Beratungsteams wurde. Im Rahmen des Projektes fand eine intensive Auseinandersetzung mit den komplexen Beratungsfällen (Auftrag, Herangehensweise, Reflexion) im Beratungsteam statt, wodurch das Angebot der Begleitung für Menschen mit komplexem Hilfebedarf und fehlendem sozialen Netzwerk ausgebaut werden konnte.

Durch den gleichzeitigen Start des „Kompetenzzentrum Pflege“ ergaben sich sinnvolle Synergien im Bereich Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit. So ist es gelungen, gezielte Öffentlichkeitsarbeit voranzutreiben, die Außensprechstunden auszubauen, neue Netzwerkpartner zu gewinnen und damit auch neue Zielgruppen zu erreichen (z.B. Kinder mit Pflegebedarf). Es gab außerdem einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit den anderen Modellkreisen und dem Ministerium. Das Projekt wurde ab Sommer 2023 durch die Gesellschaft für Forschung und Beratung im Gesundheits- und Sozialbereich mbH (FOGS/Köln) wissenschaftlich begleitet. Der Abschlussbericht soll bis Ende 2024 vorliegen.

Das HMFG hat im April 2024 mitgeteilt, das Projekt auszuweiten und den bereits bestehenden Modellprojekten eine weitere Förderung in Höhe von 150.000 € für einen Zeitraum von 3 Jahren zu ermöglichen (Förderung zur „Weiterentwicklung von Pflegestützpunkten zu Pflegekompetenzzentren“).

Gemeindepflege im Rheingau-Taunus-Kreis

Aktuell gibt es in sieben Städten/Gemeinden aktive Gemeindepflegerinnen. Die Gemeindepflegerin des Kreises wird zum 1. Februar 2025 ihre Tätigkeit beginnen. Die Stelle wurde durch eine interne Bewerberin besetzt.

Die Gemeindepflegerinnen der Städte und Kommunen arbeiten eng mit der Koordination beim Kompetenzzentrum Pflege zusammen. Es gibt monatliche Austauschtreffen, in denen die strukturierte Netzwerkarbeit, Fallbesprechungen/kollegiale Beratung, Gestaltung der Schnittstelle zur Pflegeberatung, Konzeptarbeit (Erarbeitung Selbstverständnis), Fortbildung u.ä. besprochen werden. Die Gemeindepflegerinnen etablieren sich schnell und erleben einen großen Zulauf. Die Botschaft aus dem HMFG lautet, dass die Weiterförderung nach dem Förderzeitraum (Ende 2026) anvisiert ist, die Bedingungen dafür werden aktuell erarbeitet.

FD V.2 Kommunales JobCenter

Die Arbeitslosenquote im Rheingau-Taunus-Kreis lag im Oktober 2024 bei 4,8 % (SGB II 3,4 % und SGB III 1,5 %). Insgesamt beläuft sich die Zahl der arbeitslosen Personen auf 4.925 und verteilt sich auf 3.431 Arbeitslose im SGB II und 1.494 Arbeitslose im SGB III. Dies ist im Vergleich zum Vormonat September 2024 eine Abnahme um insgesamt 42 Personen (SGB II + 4 Personen und SGB III – 46 Personen).

Bundesweit blieb die Arbeitslosenquote im Oktober 2024 bei 6,0 % (SGB II 3,9 % und SGB III 2,1 %). Die hessische Arbeitslosenquote blieb im Oktober 2024 ebenfalls konstant bei 5,0 % (SGB II 3,7 % und SGB III 1,8 %).

Damit liegt der Rheingau-Taunus-Kreis deutlich unter den Arbeitslosenquoten des Landes und des Bundes.

Im Oktober 2024 betreute das Kommunale JobCenter 4.860 Bedarfsgemeinschaften mit 10.215 Personen. Damit hat sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Oktober 2024 um 8 (48 Personen) gegenüber dem Vormonat erhöht. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften lag im Oktober 2024 um 67 Bedarfsgemeinschaften über der Zahl des Vorjahresmonats von 4.793 Bedarfsgemeinschaften.

Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten innerhalb der Bedarfsgemeinschaften ist im Vergleich zu dem Vormonat September 2024 um 24 Personen auf 7.118 Personen gestiegen.

Bei den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist gegenüber dem Vorjahresmonat eine Zunahme um 262 Personen zu verzeichnen.

FD V.3 Flüchtlingsdienst und Migration

Die angekündigten Zuweisungszahlen für das 4. Quartal liegen bei 25 Personen pro Woche, das Aufnahmesoll für das gesamte Quartal liegt bei 320 Personen. Die tatsächlichen Aufnahmen im 3. Quartal waren mit 256 Personen geringer als ursprünglich angekündigt. Eine Prognose für das 1. Quartal 2025 liegt noch nicht vor. Auf Grund der im letzten Winter angemieteten Unterkünfte sind derzeit ausreichende Platzkapazitäten vorhanden, um die Neuzuweisungen unterzubringen.

Der Fachdienst ist derzeit mit den Vorbereitungen zur Einführung der von Bund und Ländern beschlossenen Bezahlkarte beschäftigt. Für das bundesweite Ausschreibungsverfahren konnte Ende September 2024 eine Vergabeentscheidung getroffen werden. Das Land Hessen hat eine Koordinierungsstelle zur Einführung der Bezahlkarte eingerichtet und am 30. Oktober 2024 eine entsprechende Weisung mit ersten Vorgaben erlassen.

Geplant ist, dass ab einem noch nicht definierten Datum (vrsl. im Laufe des Dezembers) alle Neuzugänge der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen kein Bargeld mehr erhalten, sondern die Bezahlkarte ausgehändigt bekommen. Wenn dieser Personenkreis dann nach einer gewissen Verweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung den Städten und Landkreisen zugewiesen wird, soll die Bezahlkarte dort weiterverendet werden. Diese haben bis zum 31. März 2025 Zeit, die Voraussetzungen für die Einführung der Bezahlkarte zu schaffen.

Es ist vorgesehen, dass jeder Leistungsberechtigte mit der Bezahlkarte nur einen begrenzten Bargeldbetrag abheben kann. Im Wege der Ermessensentscheidung ist ausgehend von einem Betrag in Höhe von 50 Euro im Einzelfall zu bescheiden, welcher Barbetrag zur Bedarfsdeckung erforderlich ist. Auslandsüberweisungen sind nicht möglich.

Die IT-Anwendung soll demnächst zur Verfügung stehen. Die zu nutzenden Bezahlkarten werden in Kürze abrufbar sein. Schulungen sollen zeitnah vom Karten-Dienstleister erfolgen. Der Karten-Dienstleister wird außerdem die vom Leistungsberechtigten zu unterschreibenden Nutzungsbedingungen zur Verfügung stellen. Die Umsetzung des Datenschutzes wird aktuell geprüft.

Der Fachdienst Flüchtlingsdienst und Migration ist bestrebt, schnellstmöglich mit der Einführung der Bezahlkarte zu beginnen. Wir gehen derzeit davon aus, dass die o. g. notwendigen Voraussetzungen durch die Koordinierungsstelle und den Dienstleister im Laufe des Dezembers geschaffen werden, so dass die Bezahlkarte im 1. Quartal 2025 im Rheingau-Taunus-Kreis zum Einsatz kommen kann. Es ist geplant, dass dann auch die Bestandsfälle sukzessive umgestellt werden.

Bad Schwalbach, 09. Dezember 2024

Sandro Zehner
Landrat